



interaktiv wir über uns aboservice internetzugang impressum startseite einrichten

■ **nachrichten**

- dpa-news
- sachsen
- **tagesthema**
- bautzen
- bischofswerda
- chemnitz
- dippoldiswalde
- dresden
- dresdner land
- freital
- görlitz
- großenhain
- hoyerswerda
- kamenz
- löbau
- meißen
- niesky
- pirna
- riesa
- rödertal
- sebnitz
- weißwasser
- zittau
- wirtschaft
- börse
- sport
- regionalsport
- kultur
- panorama
- hochschulSZene
- wissen
- multimedia
- ratgeber
- gesundheit
- wetter
- redaktionsarchiv
- artikel-top-10
- fotogalerien
- junge SZene

■ **tagesthema**

**Mit dem Rücken an der Röhre**

Hunderte NVA-Soldaten dienten an Radarstationen. Nun holt sie diese Zeit ein, als Strahlenopfer kämpfen sie um Anerkennung  
*Von Thomas Schade*

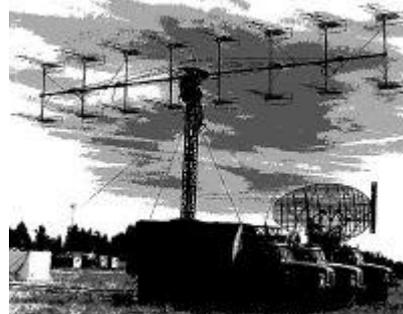
Jochen Haubold hatte es gerade wieder geschafft. Nach der Wende konnte das IFA-Automobil-Kombinat dem diplomierten Betriebsingenieur keine Zukunft bieten. Er verlor seine Arbeit, wie viele in Lichtenstein, der westsächsischen Kleinstadt zwischen Chemnitz und Zwickau. Doch der Familienvater, damals Anfang 30, gab nicht klein bei. Schon bald kam er als Meister in einer Automobilzuliefer-Firma für VW Mosel unter. „Da wurde ein Betrieb neu aufgebaut und Jochen konnte sich einbringen. Es war ein richtig guter Neuanfang“, erinnert sich seine Frau Kathrin.

Dann diagnostizierten die Ärzte bei Jochen Haubold Lungenkrebs. Das war im Januar 1995. Der todbringende Tumor saß direkt an der Hauptschlagader. Die Chirurgen waren machtlos. Warum trifft es uns, fragten sich die Haubolds damals immer wieder, die sich seit frühester Jugend kannten. Ihre beiden Töchter, gerade acht und zwölf Jahre alt, mussten miterleben, wie ihr Vater immer verzweifelter nach Luft rang. Im Oktober des gleichen Jahres starb er – mit 37 Jahren.

**Systematisch gegen Strahlenschutz verstoßen**

Heute ist Kathrin Haubold überzeugt, zu wissen, was ihrem Mann zum Verhängnis wurde: Drei Jahre seines Lebens, an die die Haubolds während der Krankheit nie gedacht hatten. Jochen Haubold war von 1976 bis 1979 Zeitsoldat der NVA und Truppführer auf einer

**Sächsische Zeitung**  
Samstag, 17. Januar 2004



NVA-Radarstation P 18: Ionisierende Strahlung gleich neben den Radarschirmen.  
Foto: SZ/Archiv

**In sz-online**

[Hintergrund: Strahlenopfer der Bundeswehr](#)  
17. Januar 2004

**Im Internet**

[www.nva-radar.de](http://www.nva-radar.de)



Neues Auto in Sp  
**Kfz-Versicherung**  
vergleichen & spare



**online-banking**  
konto-login

- **marktplatz**
- immobilien
- autobörse
- stellen & ausbildung
- partnersuche
- dies und das
- einkaufen
- bücher
- ticket-service
- reisen
- erotik
- anzeigannahme**
- dresdner branchen

- **freizeit**
- veranstaltungen
- kino
- bühne

musik  
fernsehen  
ausstellungen  
veranstaltungssuche  
cityguide dresden  
online-games  
modernes leben

#### ■ service

sz-call  
stadtplan dresden  
stadtplan chemnitz  
verkehrsauskunft  
stauinfo  
versicherungen  
anwaltssuche  
aktuelle benzinpreise

Radarstation der DDR-Luftverteidigung.

„Zeitungsmeldungen und Fernsehberichte riefen die Erinnerung an die Armeezeit wieder wach, Jahre nach Jochens Tod“, sagt Kathrin Haubold. Ihr Mann saß drei Jahre lang auf einer der militärischen Radarstationen, die als krebserzeugende Strahlenquelle seit drei Jahren ehemalige Soldaten in Ost und West erheblich verunsichern.

Denn nahezu über die gesamte Dauer des so genannten Kalten Krieges zwischen Ost und West wurde auf beiden Seiten der Front in den Armeen systematisch gegen allgemein anerkannte Strahlenschutzbestimmungen verstoßen. Zu diesem Ergebnis kommt der Berliner Fachanwalt Reiner Geulen. Er vertritt gegenwärtig rund 800 ehemalige Radarsoldaten, die sich einst als „Klassenfeinde“ gegenüberstanden und heute eines gemeinsam haben: ein Krebsleiden als Folge ihres aktiven Wehrdienstes. Kathrin Haubold ist sicher: Auch ihr Mann ist eines der NVA-Radaropfer, von denen keiner genau weiß, wie viele es noch geben wird.

Auch Michael Kontek ist einer von ihnen. Dabei hatte der gebürtige Zittauer bis November 2000 nur gute Erinnerungen an seinen Grundwehrdienst von Mai 1979 bis Oktober 1980 im ostsächsischen Rothenburg. Jede Menge Ausgang, 31 Mal Urlaub, Motorrad am Standort. „Wir hatten es richtig gut, Hauptsache unsere Radarstation P-18 war immer einsatzbereit.“

Bis zu 20 Stunden am Tag hielt er sich mit seinen Kameraden in dem grünen Gerätewagen sowjetischer Bauart auf. Sie wachten über die Flugbahnen angehender NVA-Kampfpiloten und über den zivilen Luftverkehr. Dass gleich neben dem Radarschirmen, verdeckt durch einen Geräteschrank, ein bössartiger elektronischer Schalter lag, genannt Thyatron, wusste keiner der Soldaten. Diese gasgefüllte Hochleistungsröhre zündete den Generator des Radars und stieß dabei, quasi als störendes Nebenprodukt, Röntgenstrahlen ab. Wie viel sein Körper davon aufgenommen hat, kann Michael Kontek bis heute nicht sagen. „Wir wurden darüber nie belehrt und ein Dosimeter hat keiner getragen“, sagt er.

Zwanzig Jahre später, im November 2000, erkrankte auch er an Krebs, verlor seine Arbeit, lebt nun mit einer achtzigprozentigen Behinderung und muss alle drei Wochen zur Behandlung. Nach seiner Operation, noch im Krankenbett, las er erstmals darüber, dass die Strahlung in den NVA-Radaranlagen auch seine Krankheit ausgelöst haben könnte. Anfang 2002 beantragte er bei der Unfallkasse des Bundes die Anerkennung seines Leidens als Berufskrankheit. Ein knappes Jahr später lehnte die Bundes-Unfallkasse das ab. Die Wehrbereichsverwaltung Ost in Strausberg schloss zu dieser Zeit aus, dass er überhaupt einer gesundheitsgefährdenden radioaktiven Strahlung ausgesetzt gewesen war.

### **Opfer werden aktiv gegen die Verharmlosung**

Seither kämpft Michael Kontek gegen diese Ignoranz. „Ich bin keiner, der so schnell aufgibt“, sagt er. Als einer der ersten NVA-Soldaten trat der Dresdner dem Bund der Radargeschädigten bei, der sich für die Radar-Opfer in der Bundeswehr einsetzt. Und er wurde aktiv gegen die Verharmlosung des Problems. Zum Beispiel vor der so genannten Radar-Kommission, die der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping ins Leben rief, um den bekannt gewordenen Vorwürfen nachzugehen. Im vergangenen Sommer lag der Kommission ein Dossier über das Radargerät vor, an dem auch Michael Kontek gearbeitet hatte. Fazit: Eine Gefährdung des Personals durch „ionisierende Strahlung“ sei „anhand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse nicht erkennbar“. Was im Dossier fehlte: Bei nachträglichen Strahlungsmessungen an ausrangierter NVA-Technik in der Luftwaffenwerft 51 in Tollenhagen ereignete sich offenbar an einer ähnlichen Radarstation ein Unfall, der die Gefährdung deutlich bestätigt haben dürfte. Als der ehemalige NVA-Stabsfeldwebel eine alte Radaranlage vom Typ P-15 betriebsbereit gemacht hatte und am so genannten Sendeschränk stand, zog er sich in kürzester Zeit eine Verstrahlung von Händen und Gesicht zu. Sie führte zu Hautrötungen, ähnlich einem Sonnenbrand. Während im Internet über den Unfall berichtet wird, erklärt die Bundeswehr lediglich, dass geprüft werde, ob ein Unfall stattgefunden hat.

Quasi als Zeitzeuge sagte Michael Kontek vor der Kommission aus, wie der Dienstag auf der Station tatsächlich aussah. Die Soldaten hätten auf der Station, mit dem Rücken zur Röhre geschlafen, um die Einsatzbereitschaft aufrecht zu erhalten und seien der Strahlung viel länger ausgesetzt gewesen, als bisher dargelegt worden war.

### **NVA-Soldaten werden anders behandelt**

Im vergangenen Juli veröffentlichte die Radar-Kommission ihren 185-seitigen Bericht. Darin empfiehlt sie, bei Radar-Soldaten in Ost und West alle bösartigen Tumore bis auf einen Fall als Berufskrankheit anzuerkennen, wenn sie ärztlich diagnostiziert sind und mindestens fünf Jahre nach der Verstrahlung auftreten. „Im Prinzip eins zu eins“ sollten diese Empfehlungen umgesetzt werden, so hatte es der Bundestag beschlossen.

„Doch die Realität sieht ganz anders aus“, sagt Michael Kontek. Während betroffene Bundeswehrangehörige zunehmend als Radar-Opfer anerkannt werden, hat bisher kein einziger erkrankter NVA-Soldat den entsprechenden Bescheid in der Hand, der seinen Anspruch auf eine Rente wegen Berufserkrankung sichert. Wie die Bundeswehr im Dezember mitteilte, ist dieser Tage mit den ersten Bescheiden zu rechnen.

Eine einmalige Entschädigung für NVA-Radaropfer lehnt die Bundesregierung jedoch nach wie vor mit der Begründung ab, dass sie dafür nicht zuständig sei. Deshalb streiten eine Witwe und ein noch lebender Soldat seit Monaten vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) mit dem Staat und errangen bereits erste Etappensiege. Die junge Richterin stellte klar, dass die Bundeswehr schon deshalb zuständig sei, weil sie Soldaten, Gerät und Immobilien der NVA übernommen habe. Und sie stellte klar, dass auch die Hinterbliebenen Anspruch auf Entschädigung haben, wenn der Staat die Entschädigung zahlen muss.

Auch aus wissenschaftlicher Sicht sei „nicht nachvollziehbar, warum NVA-Soldaten anders zu behandeln sind als Bundeswehrsoldaten“, sagte Wolfram König, der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz vor wenigen Wochen. Da hatte sich Mitte Dezember gerade die Interessengemeinschaft NVA-Radar gegründet. „Wir wollen insbesondere die Ansprüche der Betroffenen und Hinterbliebenen hier im Osten wahrnehmen“, sagt Michael Kontek und fügt hinzu: „Und wir kämpfen gegen eine biologische Lösung des Problems, auf die der Staat ganz offensichtlich setzt.“ Tatsächlich seien etwa zehn Prozent der bekannten betroffenen NVA-Angehörigen inzwischen verstorben, schätzt Michael Kontek. Zwei bis drei Todesanzeigen aus dem gesamten Bundesgebiet erreichten wöchentlich seine Kanzlei, bestätigt Anwalt Geulen.

„Schon deshalb geben wir keine Ruhe“, sagt Kontek. Ihm gehe es weniger ums Geld, sondern viel mehr um die Anerkennung seines erlittenen Schadens. Kathrin Haubold sagt, sie streite vor allem für ihre beiden Töchter. Das sei sie ihrem Mann einfach schuldig.



ges. Ausgabe



Druckversion



Empfehlung



Feedback